



Sozialdemokratische Partei der Schweiz / Parti Socialiste Suisse  
Zentralsekretariat / Secrétariat central  
Spitalgasse 34, 3011 Bern  
Postfach / Case postale, 3001 Bern  
Tel. 031 329 69 69 / [www.spschweiz.ch](http://www.spschweiz.ch) / [www.pssuisse.ch](http://www.pssuisse.ch)

Per Mail: [peter.raible@bfe.admin.ch](mailto:peter.raible@bfe.admin.ch)

Bern, Ende. Oktober 2016

### **Teilrevision der Kernenergieverordnung (KEV) – Stellungnahme der SP Schweiz zum Vernehmlassungsverfahren**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin Leuthard  
Sehr geehrte Damen und Herren

#### **Grundsätzliche Bemerkungen**

Die SP ist besorgt um die Sicherheit der Kernkraftwerke in der Schweiz. Seit Jahren weisen wir auf die steigenden Gefahren der alternden Werke hin. Diese Sorge ist gewachsen seit die Betreiber der Atomkraftwerke aufgrund der Strommarktöffnung und der tiefen Strompreise auf dem europäischen Strommarkt grosse Defizite schreiben und wie ENSI-Chef Wanner sagte, aus wirtschaftlichen Gründen zusätzliche Sicherheitsauflagen immer offener hinterfragen. Wir bitten den Bundesrat, diesem für unser Land enorm wichtige Sicherheitsaspekt grössere Aufmerksamkeit zu schenken. Ein unkontrollierter Atomunfall ist das grösste Sicherheitsrisiko für die Schweiz.

Die SP hat deshalb schon in der Debatte zur Energiestrategie 2050 eine gesetzliche Pflicht für die Einreichung von Langzeitbetriebskonzepten nach 40 Betriebsjahren gefordert. Wir haben nie verstanden, dass der Bundesrat diese vom ENSI explizit geforderte Gesetzesänderung nicht klarer unterstützt hat und haben bis heute kein Verständnis für diese Haltung des Bundesrates. Der Bundesrat nimmt aus Sicht der SP das Risiko eines Atomunfalles zu wenig ernst.

Wir begrüssen aber, dass der Bundesrat das im Gesetz abgelehnte Anliegen auf Verordnungsstufe einführen und die Anforderungen an die Langzeitsicherheit der AKW explizit in der Kernenergieverordnung aufnehmen will. Er will die aktuelle Praxis der Aufsichtsbehörde, die bis jetzt in einer Richtlinie verankert war, in der Verordnung übertragen. Das reicht aus unserer Sicht aber nicht. Denn schon heute zeigt sich, dass AKW-Betreiber wichtige Forderungen des ENSI auf die lange Bank schieben. Solange sie die Ausserbetriebnahmekriterien nicht unterschreiten, müssen Sie keine Konsequenzen befürchten. Die schlechte wirtschaftliche Situation der AKW-Betreiber erfordert aus Sicht der SP dringend eine Korrektur dieses Missstandes.

#### **Konkrete Forderungen:**

Die SP fordert, dass:

- die AKW-Betreiber, bis zum Betriebsende eine Sicherheitsmarge gegenüber der Ausserbetriebnahmekriterien nachweisen und einhalten müssen.

- das ENSI mit Sanktionsmöglichkeiten ausgestattet wird um Nachrüstungen durchzusetzen. Das ENSI muss mindestens die Möglichkeit haben, eine Anlage vorübergehend ausser Betrieb zu setzen, falls Betreiber das Langzeitbetriebskonzept nicht einhalten und gesetzte Fristen wiederholt missachten. Nur so können langjährige Rechtsstreitigkeiten mit den Betreibern vermieden werden.

- das Langzeitbetriebskonzept zwingend der Kommission für nukleare Sicherheit KNS vorgelegt wird. Das ENSI muss in seiner Beurteilung die Meinung der KNS berücksichtigen.

Wir danken für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Mit freundlichen Grüßen  
SP Schweiz



Christian Levrat  
Präsident SP Schweiz



Beat Jans  
Vize-Präsident SP Schweiz